



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/217 - 20. 9. 1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Nach Adenauer - Grotewohl und Ulbricht	S. 1
Politische Klimaveränderung in Italien	S. 3
Zum Ausscheiden Paul Sethes aus der FAZ	S. 5

## Das zweite Moskauer Ergebnis

sp. Unmittelbar nach dem Abflug der Bonner Regierungsdelegation aus Moskau trafen in der gleichen Metropole die derzeitigen Machthaber Pankows ein, nicht weniger feierlich empfangen als der westdeutsche Bundeskanzler. Rauschende Empfänge und die sprichwörtlich russische Gastfreundschaft erstreckten sich auch auf Grotewohl und Ulbricht und deren Gefolge, sogar, wie aufmerksame Beobachter zu melden wissen, um einige Grade herzlicher und wärmer. Denn was es bei dem westdeutschen Bundeskanzler nicht gab, gab es bei Ulbricht: Umarmungen ...

Auffälliger, konsequenter und beziehungsreicher konnte die sowjetische Deutschlandpolitik wohl kaum in Erscheinung treten. Die Männer des Kreml rechnen mit jenem Realismus, den ihnen auch Dr. Adenauer bescheinigte, mit der Existenz zweier deutscher Staaten für lange Zeit. In den gleichlautenden Briefen, in denen, vorbehaltenlich der Zustimmung des Bundestages und des Obersten Sowjets, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau angekündigt wurden, heisst es, diese werden auch zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes, der Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates verhelfen. Das im ursprünglichen deutschen Entwurf enthaltene Wort "alsbaldige" Wiederherstellung fand nicht die Gnade der sowjetischen Verhandlungspartner. Sie beharrten auf dessen Streichung. Und so wurde es gestrichen. Sie wollten sich nicht den geringsten Anschein geben, die alsbaldige Wiedervereinigung liege ihnen besonders nahe. Sie halten sie für jetzt und für lange Zeit ausgeschlossen. Sie akzeptieren die Situation, wie sie nach den

Pariser Verträgen entstand. In der Frage der Wiedervereinigung fand Dr. Adenauer in Chruschtschow und Bulganin keine Gesprächspartner, das Thema fiel unter den Tisch und mit ihm die Hoffnung von 17 Millionen Mitteldeutschen, in Freiheit in einem Vaterland vereint zu sein.

Die Sowjetunion hat sich in diesem Stadium der weltpolitischen Entwicklung offensichtlich mit der Existenz zweier Deutschland abgefunden, wobei sie selbst keinen Zweifel lässt, wem ihre Sympathien, ihre Unterstützung - die Unterstützung einer Weltmacht - gehören: der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik. Was sie Adenauer verweigerte, nämlich die schriftliche Festlegung des ehrenwörtlich gegebenen Versprechens, die zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen zurückzusenden, bewilligte sie Grotewohl. Dieser kann auf ein Stück Papier verweisen und damit sozusagen dem Bundeskanzler den Donner stehlen. Die Art, wie die Sowjetunion die Verhandlungen mit Grotewohl über die Entlassung der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen führte - und sie begannen schon vor längerer Zeit - lässt darauf schliessen, dass sie ohnehin bereit war, diese bedrückende Erbschaft des Hitlerkrieges zu liquidieren.

Für die Angehörigen der Kriegsgefangenen mag es nun gleichgültig sein, wer sich den Erfolg zuschreibt. Das sollte, und das gebietet schon die Achtung vor der Humanität, zu keiner Prestigesache erniedrigt werden. Auf diesem Gebiet nun eine innerdeutsche Auseinandersetzung herbeizuführen, sollen jene tun, die eines solchen kläglichen und entwürdigenden Schauspiels bedürfen ...

Wie noch nie seit dem Zusammenbruch strahlte über die Herren von Pankow die Moskauer Gunst. Bislang waren sie im Satellitensystem des Ostblocks gewissermassen nicht vollwertig genommene Aussenseiter, es fehlten ihnen der Rang, die Würde und die Attribute eines souveränen Staates. Das wird ihnen nun alles in reichem Masse zuteil. Ein neuer Freundschaftsvertrag bindet die DDR jetzt fester an die Sowjetunion, durch die Aufnahme in das Verteidigungssystem der östlichen NATO erreicht Pankow die Aufstellung einer eigenen Armee und mit dem Wegfall des Amtes des Hohen Kommissars der Sowjetunion in Deutschland tritt, zumindest äusserlich, die DDR in die Reihe von "unabhängigen" Staaten ein. Die russische These, die Frage der Wiedervereinigung sei in erster Linie eine Angelegenheit von Bonn und Pankow, gibt den Herren Grotewohl und Ulbricht unter sowjetischer Rückendeckung eine Schlüsselstellung in dem wichtigsten Anliegen des deutschen Volkes.

Unter Berufung auf diese These wird die Sowjetunion bei den Genfer Verhandlungen die Hinzunahme einer Pankower Regierungsdelegation verlangen. Doch nicht nur das: bei fortwährender Spaltung Deutschlands wird der Westen auf die Dauer kaum der Versuchung widerstehen können, auch die DDR als eine von der Sowjetunion geschaffene "Realität" anzuerkennen. Und so wäre dann die Politik der Pariser Verträge in ihr Gegenteil verkehrt. Statt eine Stufe zur Wiedervereinigung zu sein, wie man der westdeutschen Bevölkerung vortäuschte, erweist sie sich als eine Ebene, auf der sich die kommunistische Zwangsherrschaft in einem Drittel deutschen Bodens festigt.

20.9.1955

### Segnis Aktien steigen

FE - Rom, Mitte September

Als in den ersten Julitagen Antonio Segni die Nachfolge Mario Scelbas als italienischer Regierungschef antrat, war in den politischen Zirkeln Roms die Meinung weit verbreitet, das neue Kabinett stelle nichts weiter als eine Notlösung für eine kurze Übergangszeit dar. Heute, nach zweimonatiger Amtszeit der Regierung Segni, hat sich die Stimmung erheblich gewandelt, und man gibt dieser Regierung jetzt weitaus mehr Chancen als vorher, längere Zeit im Amte zu bleiben, vielleicht sogar bis zu den noch in weiter Ferne befindlichen Parlaments-Neuwahlen.

Denn es hat sich mittlerweile deutlich gezeigt, dass Segni nicht einfach dort fortgesetzt hat, wo Scelba aufhörte, dass seine Regierung vielmehr den Ausdruck eines wesentlich veränderten politischen Klimas bildet. Das hängt in erster Linie mit der Persönlichkeit des neuen Premiers zusammen, der zwar derselben Partei angehört wie sein Vorgänger, im Übrigen aber von ihm ausserordentlich verschieden ist.

Segni hat bereits in seiner kurzen bisherigen Amtstätigkeit als Ministerpräsident bewiesen, dass er die Aufgaben der Regierung in vielen Punkten anders auffasst als seine Vorgänger. Verknüpft sich etwa der Name Scelbas in erster Linie mit jener Polizei, die er in seiner langjährigen Funktion als Innenminister zu einem schlagkräftigen, bisweilen sogar allzu schlagkräftigen Instrument der Staatsgewalt ausgebaut hat, so verknüpft sich der Name Segnis vornehmlich mit jener einschneidenden Agrarreform, die Segni einst als Landwirtschaftsminister De Gasperis ausarbeitete und die einen kühnen Schritt auf dem Wege zu einer Neuordnung der sozialen Beziehungen auf dem Lande darstellte.

Was immer Segni bisher getan und gesagt hat, zeugt von einer ruhigen, unrhethorischen Sachlichkeit und von dem Bemühen, Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern durch Eingehen auf die Argumente des Gegners zu entschärfen. Besonders aber gewinnt man den Eindruck, als wolle Segni endlich das Erbe des faschistischen Willkürstaates

energisch liquidieren - eine Aufgabe, zu deren Bewältigung sich keine der vorausgegangenen Regierungen aufraffen konnte oder wollte.

Die erste Frage, mit der sich das Kabinett nach den Sommerferien in diesen Tagen beschäftigt hat, betraf die Neuregelung der Kompetenzen der Militärgerichtshöfe. Hierbei stellten sich Regierungschef und Justizminister eindeutig auf die Seite derjenigen, die die Abschaffung jeder militärischen Jurisdiktion in nicht strikt militärischen Angelegenheiten fordern. Es soll also in Zukunft nicht mehr so wie bisher möglich sein, dass sich Zivilisten nur deshalb, weil sie im Prinzip noch militärdienstpflichtig sind, für gewisse Pressedelikte vor einem Militärgericht zu verantworten haben. Eine dahingehende Regierungsvorlage wird schon in diesen Tagen den Kammern zugeleitet und von diesen voraussichtlich raschestens angenommen werden.

Ferner beabsichtigt die Regierung Segni den längst überfälligen Verfassungsgerichtshof endlich ins Dasein zu rufen - eine Frage, die von den vorausgegangenen Regierungen mit auffälliger Laxheit betrieben wurde. Erst die Realisierung dieses in der Verfassung vorgesehener bisher aber noch immer nicht verwirklichter Gerichtshofes wird dem italienischen Bürger die Gewähr geben, dass er antikonstitutionellen Entscheidungen der Exekutivgewalt nicht wehrlos ausgeliefert ist, sondern gegen diese an ein über allen Sonderinteressen stehendes Tribunal appellieren kann.

Angekündigt ist ferner eine einschneidende Reform der Polizeigesetze, die, aus der ärgsten Zeit des Faschismus stammend, der Willkür Tür und Tor öffnen und mit etlichen verfassungsmässig festgelegten Grundrechten in schreiendem Widerspruch stehen.

Die Tatsache, dass sich die Regierung endlich dieser Probleme annehmen will, über die man allzulange stillschweigend hinweggegangen ist, hat in weiten Kreisen der italienischen Bevölkerung Vertrauen und Sympathie für Segni und dessen Mitarbeiter geweckt, und wenn den Versprechungen auch wirklich Taten folgen, darf Segni damit rechnen, dass sich die unvermeidlichen Querschüsse interessierter Faktionen in bescheidenen Grenzen halten und den Fortbestand seiner Regierung nicht gefährlich werden dürften.

Paul Sethe zieht Konsequenzen

sp. Der Leiter des politischen Referats der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und seit Gründung des Blattes Mitherausgeber, Dr. Paul Sethe, hat seine Ämter zur Verfügung gestellt. Er will nicht mehr auf diesem Posten stehen, nachdem ein Beschluss der Herausgeber, der mit drei gegen zwei Stimmen gefasst war, die von Sethe in der FAZ vertretene politische Linie missbilligt hatte. Sethe werde für die Zeitung nach Tokio gehen, so wurde mitgeteilt.

Vor einigen Monaten sprachen wir in Stockholm einen der massgebenden schwedischen Politiker, einen Mann von internationalem Rang. Er beklagte es, dass es so schwierig sei, aus der Bundesrepublik ständig politische Kommentare zu bekommen, die über die unterschiedlichen Meinungen ernsthaft und sorgfältig unterrichteten. Er bedauerte die vielen "politischen Waschzettel" in der deutschen Presse. Als wir ihn u.a. auf die FAZ ansprachen, ein Blatt, das sich vor dem Hintergrund der alten "Frankfurter Zeitung" doch einen Namen als Sprachrohr aus Deutschland gemacht habe, erwiderte der Schwede ablehnend: "Ein Blatt ohne Charakter, ohne Linie" - Paul Sethe ausgenommen." Der Schwede beteuerte, er stimme Sethes Auffassung und Analyse keinesfalls immer, nicht einmal überwiegend zu. Aber: "Sethe und dann Baumgarten - das geht nicht."

Paul Sethe hat eine Linie. Sie ist eigenwillig, und der Mann selbst ist kein Sackfisch und kein bequemer Opportunist. Er macht es sich und seinen Lesern niemals leicht. Er hat eine der in Deutschland seltensten Eigenschaften: Zivilcourage. Die Sozialdemokraten konnten ihm keinesfalls immer folgen; aber wer hat je einen seiner Beiträge in der FAZ nicht mit unmittelbarer Anteilnahme gelesen.

Ein solcher unabhängiger Geist passt nicht in das Bild, das man sich im Bonner Palais Schaumburg von der Presse als einem Helfer und Werkzeug der Regierung macht. Sethe's im besten Sinne nationales Bewusstsein war nicht gleichzuschalten. Wir haben Ausdrücke des Unwillens und des Zornes des Alten im Schaumburger Haus über Sethe gehört, die so unbeherrscht wie unklug waren. Die Forderung, den Mann zum Schweigen zu bringen, der die Aussenpolitik Adenauers aus tiefem

Verantwortungsgefühl ablehnte, war allzu direkt und provozierend. So musste ein Umweg gewählt werden. Adenauer scheute sich nicht, es öffentlich zu kritisieren, dass die Wirtschaft dieser Zeitung Inscrabte gab und sie also wirtschaftlich unterstützte. Statt sich diesen im Grunde konservativen, aber entschlossenen, gut informierten, selbständig denkenden Mann wieder und wieder zum Gespräch einzuladen und mit ihm geistig zu ringen, wurde er diffamiert.

In der Redaktion seiner Zeitung begegnete Sethe zunehmend Widerständen. Wie kann es anders sein in einer Zeitung, in der ein Mann wie Dr. Erich Welter, "bald hier, bald dort", ein so entscheidendes Wort spricht, in der die "Waage" ihre hauptsächlichliche Domäne und bereitwillige Helferin fand, in der "die Wirtschaft" im profitsicheren Gefolge der Adenauer-Politik herrscht. Sethe schrieb weniger und sein Wort wurde stiller - ein Entgegenkommen oder ein Zeichen der Resignation. Andere traten in seine Fußtapfen. Herbert von Borch wird keinen leichteren Stand haben, wenn er allein im Hause bleibt. Es gingen einige vor Sethe, es bröckelte ab. Was wird werden?

Die FAZ entstand aus der Erinnerung um die einstige "Frankfurter Zeitung", die die Stimme des Liberalismus, des Freisinns, der Humanität in Deutschland war. Auf ihrer Tradition aufzubauen, erlaubte nicht nur eine Idee, aus kommerzieller Phantasie geboren, sondern verpflichtete zum Dienst im gleichen Geiste. Davon war und ist in der FAZ immer weniger zu sprühen. Der liberale Flügel der alten FZ fehlt in der neuen und so völlig anderen FAZ. Die Männer, die ihn bilden könnten, die Wesen, Art und Methode der alten "Frankfurter" in ihrem Wesen, ihrer Art und ihrer Methode verkörpern, sitzen in der "Gegenwart" und in manchen Zeitungen und Zeitschriften verstreut im Lande. Ist die Zeit gekommen, den Gedanken zu verwirklichen, mit ihnen die echte, die in Deutschland und für Deutschland so dringend nötige, freie, wahrhaft unabhängige Zeitung, einer breit gelagerten Linken zu errichten?

Die Vorgänge in der FAZ, für die Sethe's Ausscheiden aus dem Führungskreis nur ein weiteres Merkmal ist, kennzeichnen die Entwicklung. Wir gehen auf die nächsten Wahlen (1957) zu - man weiss im Palast Schaumburg, was man will. Weiss man es anderwärts auch?

+ + +